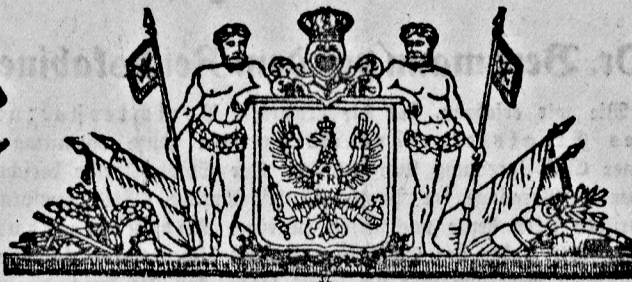


Vossische



Zeitung

1. März
(Ausland: 2. März)

Begründet

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Oesterreichs Rettungsversuche.

Der Ruf nach dem Anschluß.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Kl. Wien, 13. Juni.

Der Plan Otto Bauers, Deutschösterreich zum wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland zu führen, steht im Mittelpunkt des erregten Meinungsaustausches, der in Wien und wohl im ganzen Lande in der verzweifeltsten Lage nach dem rettenden Ausweg sucht.

Das führende großdeutsche Organ, die „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“, füllt seine erste Seite mit einem Aufruf „Die Stunde ist da — auf zur Tat, heim ins Vaterhaus“, und sagt, die Lebensmöglichkeit des Staates sei vernichtet. Man habe sich allen Bedingungen der Siegerstaaten unterworfen, vergeblich, sei am Ende, Not lenne kein Gebot, das österreichische Volk müsse sein Schicksal nun selbst in die Hand nehmen. Und so breche sich ein Gedanke Bahn, der siegreich alle Gegensätze der Klassen und Stände überbrückt: Der Anschluß an Deutschland! Mit Deutschland vereint, schließt der Aufruf, „werden wir trotz aller Not und Bedrückung, die heute auf dem Reiche lasten, nicht untergehen. Deutsches Volk und Reich werden den Sturm überdauern, der heute über sie hinwegbraust und wir mit ihnen, kehren wir heim ins Vaterhaus.“

Auch die „Reichspost“, das christlich-soziale Organ, nimmt in sachlicher Form Stellung zu dem Bauerschen Projekt, dessen Durchführung aber viel weniger von Deutschösterreich als von Deutschland abhängt. „Man kann nicht beurteilen“, sagt die „Reichspost“, ob Deutschland imstande ist, in dem bisher ebenso unerträglich, wenn auch etwas langsamer als in Deutschösterreich

sich vollziehenden Entwertungsprozeß eine neue Belastung zu ertragen. Wir müssen uns zunächst mit der Wahrscheinlichkeit vertraut machen, daß Deutschland selbst die Zeit für eine solche Kraftprobe nicht für gegeben hält; wir aber haben jetzt keine Zeit, zu warten.“

„Die „Arbeiterzeitung“ sagt: „Nichts kennzeichnet die verzweifelte Lage deutlicher, als der Widerhall, den die Forderung nach einer Währungsunion mit dem Deutschen Reiche gefunden hat. Deutschland ist selbst in schwerer Bedrängnis, auch der Kurs der deutschen Mark sinkt und doch sieht das ganze deutschösterreichische Volk — von einer geringen schwarz-gelben Minderheit abgesehen — im wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland den einzigen Ausweg.“

Als 1921 die Anschlußabstimmung durchgeführt wurde, hat die Entente gedroht, sie werde die Kredithilfe verweigern. Wir haben das Opfer gebracht, auf die Zustimmung zu verzichten. Die Kredite sind trotzdem nicht gekommen. Als Horthy-Ungarn uns Oedenburg rauben wollte, hat der italienische Außenminister Torretta in Venedig unseren Verzicht mit der Drohung erpreßt, die Entente werde die Kreditaktion einstellen. Wir haben uns gefügt; Italien hat uns nicht einmal den kleinen Vorschuß auf Kredit gegeben, Frankreich hat von uns Annäherung an unsere Nachbarstaaten gefordert. Wir haben den Prager Vertrag mit der Tschekoslowakei geschlossen; aber auch den französischen Vorschuß haben wir nicht bekommen. Der Abbau der Lebensmittelzuschüsse war eine Kreditbedingung der Entente. Wir haben sie erfüllt. Das Ergebnis war ein englischer Vorschuß, der uns gerade über acht Wochen hinweggeholfen hat. Was Wunder, wenn bei der jetzigen Lage, die jetzt mit der Katastrophe dieser Panik endet, der Anschlußwille wieder mit unwiderstehlicher Gewalt durchdringt.“

Die Distanz.

Die Herren von der französischen Liga der Menschenrechte, die am Sonntag im Reichstage sprachen, haben sich gestern Abend in einem geschlossenen Kreise über die politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Fragen geäußert, die das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich bestimmen und belasten. Mit einem Freimuth für den man dankbar sein, und mit einem Streben nach Objektivität und Gerechtigkeit, das man anerkennen muß. Der Eindruck der persönlichen Rechtfertigung und des persönlichen Idealismus dieser Männer war stark und überzeugend. Dennoch war man am Ende eigentlich mehr erschreckt und bedrückt, als beruhigt. Denn mit aller Deutlichkeit zeigte sich, wie außerordentlich weit das Denken und die Einstellung dieser französischen Pazifisten und Sozialisten, die den militärischen Chauvinismus ihres Landes erbittert und ehrlich bekämpfen, noch von den Einsichten entfernt ist, die allen Deutschen, auch denen, die die Sünden des alten Regimes ohne Rückhalt anerkennen und von stärkstem und leidenschaftlichem Willen zu Versöhnung und Wiederaufbau erfüllt sind, als selbstverständlich gelten. Auch diese Franzosen, die sich grundsätzlich (und sicher vollkommen gutgläubig) um die Verständigung mühen, sehen die wichtigsten Dinge anders als wir, sehen sie in einer Weise, die wir nur schwer begreifen können. Auch für sie ist noch Axiom, was uns Wider Sinn und äußerste Unbilligkeit erscheint.

Die Schuldfrage: Die Herren stellen fest, daß unter den französischen Pazifisten nur eine ganz verschwindende, völlig unbedeutende Minderheit bereit ist, die Frage zu untersuchen, ob vielleicht für die entfernteren Ursachen des Krieges auch die Regierungen der Ententeländer eine beträchtliche Mitverantwortung trifft. Am Kriegsausbrüche selbst sind — darüber herrscht Einmütigkeit — ausschließlich die Zentralmächte schuld. Oesterreich-Ungarn ist nicht mehr; also bleibt Deutschland als einziger Verbrecher übrig. Trotz der Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses und trotz der doch mindestens etwas zweideutigen Haltung, die Herr Paléologue in Petersburg eingenommen hat. Davon, daß die deutsche Politik vom Sommer 1914, die in ihrem Ergebnisse Kriegspolitik war, nicht Politik des Kriegswillens, sondern Angstpolitik gewesen sein könnte, daß Europa, wie Lloyd George einmal sagte, vielleicht in den Krieg hineingeschlittert ist, wollen die französischen Pazifisten und Sozialisten nichts wissen. Die deutsche Alleinschuld, wie sie die Kriegslegende der Entente Propaganda „festgestellt“ hat, ist immer noch ihr Dogma.

Die Reparationsfrage: Die Vertreter des französischen Pazifismus sind keine Nationalökonomien; sie behandeln und beurteilen die Reparationsfrage juristisch und moralisch. Und sie beurteilen sie eigentlich im Prinzip ganz genau ebenso, wie das der Versailler Vertrag tut. Sie sagen, Deutschland müsse im Grunde, als Urheber des Krieges, den gesamten Schaden ersetzen. Auch die Pensionen wollen sie nicht ausnehmen. Sie geben freilich zu, daß es über Deutschlands

Kraft ginge, alles zu bezahlen, und daß man deshalb auf einen Teil, einen möglichst kleinen Teil natürlich, des Schadenersatzes verzichten müssen. Aber das gibt auch der Versailler Vertrag zu; und mit diesem Zugeständnisse und trotz dieses Zugeständnisses kann man die Forderungen erheben, die die Entente bisher erhoben hat und die Politik treiben, die von den Ententekabinetten bisher getrieben wurde. Zu der Einsicht, daß die Kriegsschäden solidarisch beseitigt werden müssen, und daß für das Werk des Wiederaufbaus alle Länder ihre Anstrengungen nach dem Maße ihrer Kräfte zu vereinigen haben, schwingt man sich — wenigstens im Prinzip — noch nicht auf.

Aber das Allerschlimmste: Diesen Pazifisten und Sozialisten scheint die Erkenntnis zu fehlen, wie sehr die einseitige Entwaffnung des Besiegten dem Wesen des Friedens und der Versöhnung widerspricht und wie gründlich sie auch bei den Besiegten selbst die moralische Entwaffnung hemmt und hemmen muß. Herr Renaudel, der französische Sozialistenführer, hat seinen deutschen Zuhörern gestern Abend heftige Vorwürfe gemacht, weil das deutsche Publikum im Kino den „Fredericus Rex“ bejubelt und weil immer noch so viele Waffen versteckt seien. Wir sind gewiß die letzten, die hohle chauvinistische Gefühlspolitik oder die törichten und nutzlosen Versuche, aus den Arsenalen der alten Macht ein paar Gewehre zu retten, verteidigen wollen. Aber begreift Herr Renaudel nicht, daß eine Entwaffnung, die nicht den Frieden zwischen Allen verbürgt, sondern ein einziges Volk zwischen waffenstarken Nachbarn wehrlos macht, in diesem Volke, in gewissen Schichten dieses Volkes besonders, notwendig innere Auflehnung hervorrufen muß? Eine einseitige Entwaffnung kann keine moralische Entwaffnung sein; denn sie wird von dem wehrlos Gemachten als unmoralische Vergewaltigung empfunden. Entweder allgemeine Entwaffnung, oder eine gute Politik, die die Bewaffnung Aller ungefährlich macht. Bismarck wollte nach dem Siege von 1870 Deutschland nicht entwaffnen. Aber er hat keinen Versuch gemacht, Frankreich zu entwaffnen, das schon wenige Jahre nach seiner Niederlage ungestört eine Heeresreform und Heeresvermehrung durchführen konnte. Bismarck hat Frankreich seine Waffen gelassen, aber er hat gute Politik gemacht und dadurch auf immerhin recht lange Zeit den Frieden gesichert. Könnten die französischen Pazifisten und Sozialisten, wenn sie die Abrüstung ihres Landes nicht durchsetzen können oder wollen, nicht auch einmal daran denken?

Nach diesen Erfahrungen möchte man fast bezweifeln, daß in Frankreich die Leute, die philosophieren und moralisieren, auch wenn sie gutgläubige Idealisten sind, wirklich die Geburtshelfer der Verständigung sein werden. Möglich, daß die Verständigung schließlich doch eher diejenigen herbeiführen werden, die zwar keine Idealisten sind, aber nüchtern und vernünftig zu rechnen verstehen. Die Mehrzahl dieser Leute wird sich vermutlich nicht in den Klubs, den Redaktionsstuben und den Kammercouloirs von Paris finden, sondern draußen in der Provinz, die ruhig arbeiten und ruhig genießen will.
Dr. E. St.

Der Reichsbürgerrat.

Von
Julius Elbau.

Man muß der Leitung des Reichsbürgerrats die Anerkennung zollen, daß sie es verstanden hat, der Tagung in Bremen einen Verlauf zu sichern, der zumindestens keines der nahe liegenden Vorurteile bestätigt. Es gab keinen Mißton, kaum eine Entgleisung, sondern aus Vorträgen und Diskussionen einen Zusammenklang im Geiste staatsbürgerlicher Gesinnung, der das Gemeinsame sucht und den Widerspruch gegen fremde Auffassungen nicht zum Selbstzweck werden läßt. So haben sich Zentrumsleute und Deutschnationale, Demokraten und Volksparteiler sachlich ausgesprochen und nicht ohne Ueberzeugung festgestellt, daß der politische Gegner mitunter ganz dasselbe will, „nur mit ein bißchen anderen Worten“.

Die Bürgerratsbewegung ist in den ersten Wochen nach der Revolution zur Abwehr einseitiger Machtgelüste der linksradikalen Kreise entstanden, und ein nicht geringer Teil ihrer Anhänger wird wohl auch heute noch den Kampf gegen die Sozialdemokratie als das eigentliche Ziel ansehen und betreiben. Insbesondere in Bayern und Nordwestdeutschland mag die Alarmstimmung nach wie vor überwiegen. Es wäre ein leichtes gewesen, eine Anzahl von Heißspornen aufzutreiben, die durch schneidige Kampfbarolen den jubelnden Beifall von Volksversammlungen geerntet hätten. Es war eine Leistung und eine Tat, daß das Präsidium den entgegengesetzten Weg ging und mit aller Energie dafür sorgte, daß nicht eine Demonstration im Sinne des „Ordnungsblocks“ heraufsteige, sondern der Versuch, den Weg zur Volksgemeinschaft freizumachen. Das gibt keine „zündenden“ Barolen und bedeutet geradezu einen Verzicht auf leichte Erfolge. Denn die Früchte einer Erziehungsarbeit zum staatsbürgerlichen Denken und Handeln sind nicht gerade schnellwüchsig, und das Klima in weiten Teilen des Reiches ist ihrem Reifen nicht eben günstig.

An der Spitze des Reichsbürgerrats steht der frühere preussische Minister des Innern v. Loebehl, der bis zum Sturz Bülow als Chef der Reichskanzlei Parteien, Menschen und Dinge mit geschickten Händen zu beherrschen und zu formen verstand. Seine ungebrochene Arbeitskraft bewirkt, daß in seiner Hand nicht nur die nominelle, sondern auch die tatsächliche Leitung einer Bewegung ruht, deren materielle und geistige Mittel nicht zu unterschätzen sind. Er ist geblieben, was er war: ein gut konservativer Mann. Daß es vor dem Kriege in Deutschland und vor allem in Preußen nur wenige Konservative, dafür aber um so mehr Interessentpolitiker und agrarische Demagogen gegeben hat, ist eine der Ursachen, daß die militärische Niederlage zu einem so jähen Zusammenbruch auch der staatlichen Ordnung führte. Loebehl selbst legt Wert darauf, festzustellen, daß er schon im November 1914 dem Kaiser als preussischer Minister des Innern in einem amtlichen Bericht dargelegt habe, auch bei glücklichem Ausgang des Krieges sei mit einem Rückgang des Autoritätsglaubens zu rechnen und „mit einer Zunahme der demokratischen Gesinnung, die es bei Einzelforderungen nicht bewenden läßt, sondern aufs staatspolitische Ganze geht“. Loebehl lehnt damit die Legende ab, daß die Revolution eine Privatveranstaltung einiger Böfewichter war. Heute ist es für die Kreise, aus denen Herr v. Loebehl stammt, nicht mehr ohne weiteres selbstverständlich, daß die „Staatsverwaltung“ die erste Bürgerpflicht ist. Viele von ihnen betreiben theoretisch und praktisch die Staatsverwaltung und glauben, damit eine „deutschnationale“ Gesinnung zu betätigen.

Die Bürgerratsbewegung betont demgegenüber vor allem den Pflichtgedanken. Und zwar fordert sie Opferwilligkeit nicht nur von links, sondern auch von rechts. Diese Grundtendenz kam besonders scharf in der Rede des deutschnationalen Abgeordneten Düringer zum Ausdruck. Dieser ehemals babilische Justizminister, ein deutscher Gelehrter des guten alten Schlags, machte bei seiner Absage gegen die Demagogie keinerlei Vorbehalt, und ein guter Teil seiner Ausführungen richtete sich gegen die Taktik seiner eigenen Partei, die sich bemüht, die Gegensätze zu verschärfen, die Ansätze zur Konsolidierung zu vernichten, die heutige Staatsform durch Obstruktion zu lähmen und das deutsche Volk von der Arbeit für eine bessere Zukunft durch eine Politik des Sentiments abzuhalten. Düringer war freimütig genug, die demokratische Staatsverfassung von Weimar, als die unter den damaligen Verhältnissen allein mögliche zu bezeichnen. Noch mehr Vergernis wird es bei manchen Heißspornen der Rechten, vielleicht auch der Linken erwecken, daß er den Kampfruf: „Die Sozialisten, die Bürgerliche“ entschieden ablehnte und die Bezeichnung als „bürgerliche Parteien“ im Sinne des Staatsbürgergedankens für alle Gruppen in Anspruch nahm, mit Ausnahme der Kommunisten und Anarchisten. Die Forderung, die Sozialdemokratie müsse erst den marxistischen Theorien abschwören, ehe man zu einer Verständigung mit ihr gelangen könne, bezeichnete er als unhaltbar und unsinnig. Damit gerate man in das Gebiet der Weltanschauungskämpfe nach Art der großen Religionskriege, statt zu einer praktischen Gemeinschaftsarbeit. Mit derselben Energie wandte er sich gegen die fruchtlosen Erörterungen über die Frage, wer den traurigen Ausgang des Krieges verschuldet habe. Als unvereinbar mit einer echten staatsbürgerlichen Gesinnung charakterisierte Düringer auch